

Redaktion 21366 — Geschäftsstelle 15018  
Politschkonto: Dresden Nr. 14787

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden \* 16, Holbeinstr. 46

# Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich inkl. Post und Abgabe 12,75 M. Halbjährlich 21,25 M.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden unentgeltlich. — Druckerei der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Aufnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Feinschrift 1,40 M., im Restantell 3,50 M., Familienanzeigen 1,80 M. — Für unentgeltlich gedruckene, sowie durch Fernsprecher aufgenommene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

## Die Kaiserin †

Besten um die Mittagsstunde meldete der Drach, daß im Haus Doorn die frühere deutsche Kaiserin und Königin von Preußen Auguste Viktoria verschieden ist. Der Tod der Kaiserin ist sanft erfolgt, nachdem sie viele Monate an das Krankenlager gefesselt war. Somit konnte die Nachricht vom Hinscheiden nicht überraschen. Leider viel zu oft wurde in einer gewissen Presse, die wir hier heute nicht näher zu kennzeichnen brauchen, die Frage der Ueberführung des Leichnams der Kaiserin erörtert. Ja, man ist in Preußen auf dieser Seite nicht einmal davor zurückgeschreckt, diese Frage im Wahlkampfe gegen die politischen Gegner auszunützen, um damit parteipolitische Geschäfte zu machen. Das war ein Vorgang, der in seiner Art einzig dastand, der schließlich manchen bedenklichen und der noch heute, wenn man daran denkt, tief bedauert werden muß. Daß man die sterbende Kaiserin in den preussischen Landtagswahlkampf hineingerettet hat, daß man die dem Tode nahe in Preußen von national sein wollender Seite zu Wahlzwecken mißbraucht hat, das hat gezeigt, auf welchem Niveau heute bei uns leider zu einem nicht unbeträchtlichen Teile der politische Kampf steht.

Das alles aber hat natürlich nicht hindern können, ausdrücklich zu bedauern, daß die ehemalige deutsche Kaiserin so viel hat auf ihrem Krankenlager erdulden müssen, daß ihr selbst der Tod ihres Lieblingssohnes Joachim durch Selbstmord nicht erspart geblieben ist. Und ebenso wird man, gerade wenn man außerhalb jeden byzantinischen Einflusses steht, der Verstorbenen ein aufrichtiges Memento weihen. Denn mit ihr ist tatsächlich eine Frau dahingegangen, die auf hohe Werte gestellt, sicher das Beste gewollt und die jederzeit eifrig bestrebt war, Gutes zu tun. Vor allem aber wird man die Tragik mit empfinden, die ihrem schmerzreichen Lebensabend beschieden war. Sie mußte den Zusammenbruch erleben, sie mußte selbst das Vaterland verlassen, um die letzten Lebensstage an der Seite ihres Gatten zu verbringen zu können. Daß dies schwer auf das Gemüt dieser Frau gedrückt hat, daß durch die Wucht dieser Ereignisse auch das körperliche Leiden der Kaiserin und Königin beschleunigt wurde, ist selbstredend. Die Kaiserin steht außerhalb der Erörterung der politischen Ereignisse und damit auch außerhalb der Erörterung der Frage der Staatsform. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn der Versuch gemacht werden sollte, aus diesem schmerzlichen Anlaß in der jetzigen Situation erneut die Frage der Staatsform zum Gegenstand der politischen Erörterung zu machen. Tatsächlich hat ja auch die Kaiserin eine große politische Rolle erfreulicherweise nicht gespielt. Sie hat sich, soweit man das heute beurteilen kann, von den Staatsgeschäften nach Möglichkeit ferngehalten und das Hauptfeld ihrer Betätigung mit Recht auf caritativen Gebiete erblickt. Ganz einflußlos war die Kaiserin allerdings nicht und daher kann auch daran nicht vollständig vorüber gegangen werden.

Es ist bereits eine geschichtliche und heute schon von objektiven evangelischen Stellen ebenfalls anerkannte Tatsache, daß die Kaiserin der katholischen Kirche und dem katholischen Volksteil in Deutschland leider nicht vorurteilsfrei gegenüberstand. Rängig als das Sozialistengesetz gefallen war, bestand der katholischen Kirche gegenüber noch Jahrzehnte hindurch auch in der Reichsgesetzgebung ein Ausnahmezustand durch das Jesuitengesetz, das erst im dritten Kriegsjahre, im Jahre 1917, frei obwohl der Reichstag wiederholt seine Aufhebung beschlossen hatte. Es scheiterten diese Versuche auf Aufhebung des Jesuitengesetzes aber nicht nur an der Haltung des Bundesrates in dem bekanntlich Sachsen am stärksten Widerstand leistete. Wenn das Jesuitengesetz, dieser Schandfleck am Körper des vor dem Kriege blühenden Deutschen Reiches, aufgehoben werden sollte, dann bedurfte das sowohl der Zustimmung des Reichstags und Bundesrats als auch der Unterschrift des Kaisers, dessen Wunsch ja auch schon durch die ablehnende Haltung der preussischen Stimmen im Bundesrate zum Ausdruck kam. Eingeweihte Kreise wissen nun, daß vor allem es die jetzt verstorbene Kaiserin gewesen ist, welche sich stets kräftig gegen die Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes aussprach und ihren ganzen Einfluß mit Erfolg für die Beibehaltung des Jesuitengesetzes einsetzte. Darüber hinaus dürfte es allerdings seine Wichtigkeit haben, daß die Kaiserin in der großen Politik keine wesentliche Rolle gespielt hat. Aber wenn auch schon vor der Revolution und vor dem Kriege manches darüber bekannt war, daß die Kaiserin in dem eben geschilderten Punkte nicht vorurteilsfrei war, so hat das doch mit vollem Recht niemals der Verehrung Abbruch tun können, die auch das ganze katholische Volk für die Kaiserin hegte, der Verehrung für die Gattin des Kaisers, die in Wohlwollen ihren Lebensabend sah, der Verehrung, die durch das furchtbare Unglück, das über sie und ihr Haus hereingebrochen, nur noch gesteigert werden konnte.

Von stolzer Höhe herabgestürzt, verlebte die Kaiserin die letzten Jahre im Auslande. Wer würde nicht diesen Sturz von

der Macht zur Einsamkeit aufrichtig mitempfinden. Wir wissen natürlich nicht, wie die Verstorbenen auf Haus Doorn über die Vorgänge in Deutschland unterrichtet wurde. Wenn diese Verehrerhaltung sich bemüht hat, objektiv zu sein, dann wird sicher die Kaiserin trotz allem Weh und Schmerz über die Ereignisse doch empfunden haben, daß auch heute noch im deutschen Volke starke Lebenskräfte vorhanden sind. Und sie wird dann dieses Gefühl als letzte Hoffnung in die Ewigkeit mit hinüber genommen haben. Auf deutscher Erde wird sie — ihrem Willen gemäß — ruhen und deshalb in Potsdam beigesetzt werden. Sie wird im deutschen Volke fortleben als deutsche Frau die an höchste Stelle steht das Beste für Volk und Vaterland gewollt hat. In diesem Sinne wird und muß das deutsche Volk das Andenken der Kaiserin hochhalten.

Auguste Viktoria ist am 22. Oktober 1858 auf Schloß Jäg als älteste Tochter des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augsburg und der Prinzessin Adolphine von Cöthen-Weißenburg geboren. Die ersten acht Jahre ihrer Kindheit verlebte sie in Dalgig und in Kiel. Nach ihrer Konfirmation im Jahre 1875 reiste sie zunächst auf Reisen in südlichen Frankreich und in England. Ihre Verlobung mit dem Prinzen Wilhelm von Preußen fand am 14. Februar 1880 in Gotha statt. Die Vermählung erfolgte am 27. Februar 1881 in Berlin. Der Ehe entsprossen sechs Söhne und eine Tochter. Die ehemalige Kaiserin nahm sich vor allem der christlichen Fürsorge an. Unter ihrem Protektorat stand der Vaterländische Frauenverein; sie gründete das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stift und hatte weiter u. a. das Protektorat inne über das Elisabeth-Strädelhospital in Berlin. Im Herbst 1898 begleitete sie Wilhelm II. auf der großen Palästina-Reise. Die Trauerfeier für die verstorbene Kaiserin wird am Donnerstag im Haus Doorn stattfinden. Die Beisetzung soll am Sonnabend vormittag in Potsdam erfolgen.

## Neue deutsche Vorschläge?

Schon die Neuherung des Reichsaussenministers Simon aus Anlaß seines Besuches bei den schweizerischen Bundesoberen in Bern, daß die deutsche Regierung wohl demnächst Gelegenheit haben werde, ihren guten Willen zu beweisen, ließ darauf schließen, daß seitens der deutschen Regierung eine neue Initiative unternommen werden soll. Inzwischen sind aus Paris Mitteilungen nach Berlin gelangt, die erkennen lassen, daß die französische Regierung auf solche Vorschläge geradezu wartet. Es hat den Anschein, als wenn gewisse französische Politiker, welche den Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich in dieser Frage in voller Erkenntnis der gerade für das französische Wirtschaftswesen unheilvollen Währungen bei einer Dauer des gegenwärtigen Zustandes wünschen, der deutschen auswärtigen Politik das erlöschende Licht auf die Lippen legen möchten. Nach den Pariser Informationen scheint für die nächsten Tage schon die Mitteilung der genannten Wiedergutmachungsaffären an die deutsche Reichsregierung bevorzustehen. Es würde dabei nicht die, auf Grund des Friedensvertrages von Versailles der Entente zustehende „Resteistung“ der Gesamtschulden gegenüber Deutschland in Frage kommen, sondern es würde sich zunächst lediglich um die zusammengeordneten Schadenaufstellungen der einzelnen Entente-Länder handeln.

In der französischen Öffentlichkeit wird gegenwärtig ein Trommelfieber von Drohungen gegen Deutschland gerätet, für den Fall, daß bis 1. Mai, dem Verfallstermin des Friedensvertrages die Reparationsfrage nicht gelöst sein sollte. Die französischen Militärs schlagen nur so in Vorschlägen von der militärischen Besetzung Deutschlands, und man nachher für diese Besetzung eine Linie erzieht, die Deutschland von Norden nach Süden in zwei Hälften teilen würde. Die französischen Vorkämpfer suchen ihre Ziele nicht minder weit, hoffen sie jedoch mit anderen Mitteln zu erreichen. Die größte Gefahr liegt in den Vorkämpfern dieser Seite, die alle französische imperialistische Antriebe gegenüber dem Reichland vorzubereiten, zum anderen aber durch Erlangung der Räumlichkeiten den deutschen Norden vom deutschen Süden zu trennen. Man muß doch sehr bedenklich werden, wenn man in der Sonntagausgabe der „Völkischen Zeitung“ eine angeblich aus unterrichteten französischen Kreisen informierte Mitteilung des Pariser Vizekonsuls dieser Zeitung, Dr. Nikolaus Poldmann, findet, wonach die französische Regierung unbedingt entschlossen sei, wenn bis zum 1. Mai keine Verständigung mit Deutschland in der Wiedergutmachungsfrage angebahnt sei, mit Waffengewalt vorzugehen, die eine Katastrophe für Deutschland bedeuten könnten. „Es verliedere Ihnen“, erklärte mein Gewährsmann, „daß der Nordbestand Deutschlands in seiner heutigen Gestalt ernstlich gefährdet ist, wenn Ihre Regierung von dem angebotenen Ausweg keinen Gebrauch macht.“ Inwiefern auch diese schwerwiegende Neuherung in den Kreis der Stimmungsmache zum Zwecke der Einschüchterung Deutschlands gehört, läßt sich schwer beurteilen. Aber man wird auf deutscher Seite sehr gut daran tun, mit der unbedingten Entschlossenheit Frankreichs gegenüber Deutschland die allerhöchsten Gewaltmittel militärischer, politischer und wirtschaftlicher Natur anzuwenden, nützlich zu rechnen. Wir können es uns nicht leisten, diese Dinge an uns heranlassen zu lassen. Wir müssen vielmehr verlangen, daß die deutsche Reichsregierung den gegen das deutsche Volk und Land geplanten niederdrückenden „Kaufschlag“ periere. Die nächsten Tage werden für die Entwicklung dieser Dinge von einer ganz ungeheuren Bedeutung sein. In die Staatskrise des deutschen Auswärtigen Amtes wie des Reichskabinetts werden nunmehr gewaltige Anforderungen gestellt werden müssen. Denn in dem, was die deutsche Regierung demnächst an neuen Vorschlägen zu bieten gewillt ist, wird sich das Schicksal über Leben und Tod Deutschlands ausprägen.

## „Vatikanische Politik“!

Der Satz von der „Vatikanischen Politik“ ist vor allem in den letzten Jahren in der katholischen Presse zu einem Schlagwort ersten Ranges geworden. Was wird nicht in einer gewissen Presse unter diesem Schlagwort alles geschrieben, für was wird nicht alles die sogenannte „Vatikanische Politik“ verantwortlich gemacht. Leider konnte die Wahrnehmung gemacht werden, daß selbst bei manchen Katholiken die Tätigkeit gewisser Nachrichtenfabriken, die ihre Auswirkung in einem Teile der Presse findet, nicht ganz ohne Einfluß geblieben ist. Es muß daher außerordentlich begrüßt werden, daß es dem Ortsverband der katholischen Vereine Dresdens gelungen ist, einen ganz hervorragenden Diplomaten und Kenner der Verhältnisse Herrn Ministerialdirektor Franz von Stollhammer zu gewinnen, der über diesen ganzen Tragentempel am kommenden Freitag Abend in Dresden Aufklärung schaffen wird. Vorweg sei bemerkt, daß schon jetzt Herr Ministerialdirektor Franz von Stollhammer in liebenswürdiger Weise sich bereit erklärt hat, im Herbst auch in anderen Städten Sachsens zu sprechen. Voraussetzung dafür wird natürlich u. a. sein, daß die katholischen Vereine Dresdens am kommenden Freitag durch zahlreiche Besuch ihr Interesse bekunden. Wie wir hören, ist es von manchen beantragt worden, daß der Ortsverband der katholischen Vereine Dresdens und der Caritasverband für Dresden an diesem Abend Eintrittsgeld erheben. Der solche Veranstaltungen macht, kann das nur in vollständiger Verkennung der Tatsachen hinsichtlich der Unkosten tun. Wer weiß, was heute die Veranstaltung eines solchen Abends kostet! — es braucht das im einzelnen nicht aufgeführt zu werden — der wird es ganz als selbstverständlich empfinden, daß zur Deckung der Unkosten ein entsprechendes Eintrittsgeld erhoben werden muß. Wir zweifeln nicht, daß letzten Endes das niemanden abhalten wird, diesen wichtigen Vortragsabend zu besuchen. Auch die Frage, über die Herr Kamilliansvater Reintges aus Berlin sprechen wird, nämlich „Welche neuen Aufgaben der Caritas aus dem Friedensvertrage erwachsen?“ ist von außerordentlich großer Bedeutung.

Den Katholiken Dresdens und Umgebung steht daher am Freitag den 15. April, abends halb 8 Uhr, im großen Saale der Dresdner Kaufmannschaft, Ostra-Allee, ein Vortragsabend bevor, von dem heute schon gesagt werden kann, daß ihn niemand, ohne nachhaltiges Eindringen empfangen zu haben, verlassen wird. Die letzte Generalversammlung des Ortsverbandes der katholischen Vereine Dresdens hat ausdrücklich beschlossen, daß der Vorstand des Ortsverbandes solche gemeinsame Vortragsabende in die Wege leiten möge. Es wird sich nun am Freitag Abend zeigen müssen, ob es auch in Zukunft möglich sein wird, hervorragende Redner für solche gemeinsame Veranstaltungen zu gewinnen. Wir richten daher auch noch einmal an dieser Stelle an die Katholiken Dresdens der Appell, sich durch nichts abhalten zu lassen, und in größter Zahl an dem wichtigen Vortragsabend teilzunehmen. Es ist unbedingt notwendig, daß Aufklärung geschaffen wird über die Stellung des heiligen Stuhles nach dem Weltkriege. Es wäre durchaus wünschenswert, wenn die Katholiken Dresdens auch in den Kreisen Andersgläubiger noch in den letzten Tagen Propaganda zum Besuch für diesen Vortrag machen würden. Denn wir halten es für dringend notwendig, daß auch in den Kreisen von Nichtkatholiken Klarheit geschaffen wird gegenüber den vielfachen Angriffen auf die sogenannte „vulkanische Politik“. Aus beruflichem Munde darüber Aufklärung zu erhalten, dazu ist eben am Freitag den 15. April in Dresden hinreichend Gelegenheit gegeben.

## Zwei entgegengesetzte Entscheidungen

Von Heinrich Schneider in Leipzig  
Die gesetzliche Verordnung, daß vom 20. Dezember 1920 an nur noch Zubehörsmarken zum doppelten Werte von der Postverwaltung verabsichtigt werden, auch wenn die Marken für einen vor diesem Tage liegenden Zeitraum (bis 1. August 1920) geltebt werden müssen, hat nicht nur berechtigten Unwillen, sondern auch erhebliche Geldverluste, namentlich für die Arbeitgeber, im Gefolge gehabt. Besonders die Handwerkermeister und die Hausfrauen haben diese unermittelte Mehrbelastung, die in den meisten Fällen anteilig wieder von den Arbeitnehmern eingezogen werden konnte, als ein bitteres Unrecht empfunden. Alle Reklamationen aber nützen nichts, es wurde sogar seitens des Reichsarbeitsministeriums erklärt, daß diese Doppelbelastung als eine soziale Steuer aufzufassen sei, durch die den Rentenbesitzern schnell geholfen werden sollte. Das Versicherungsamt zu Hamburg hat die Pflicht zur Zahlung des doppelten Wertes der Marken für die Zeit vor dem 20. Dezember 1920 verneint. In der Verhandlung wird ausgeführt, daß die ministerielle Anweisung auf Sperrung des Markenverkaufs vor der amtlichen Veröffentlichung des Gesetzes keine rechtliche Bindung habe. Den